



Bürgerliste

für Goslar und Vienenburg

Programm 2016 - 2021

Leitlinien und Programm der Bürgerliste für Goslar und Vienenburg

Präambel

Die Bürgerliste steht in der Tradition der Bürgerinitiativen-Bewegung, die in Goslar bereits eine lange Tradition hat. Bürgerinitiative zur Erhaltung des Goslarer Stadtbildes und der Grünanlagen, Aktionsbündnis „Kaisergalerie – so nicht!“, Bürgerinitiative „Rettet die Goslarer Bergwiesen“, Bürgerinitiative „Hände weg vom Steinberg und Königsberg“ und Bürgerinitiative Biomasse-Kraftwerk sind nur einige der Initiativen, die in der Vergangenheit erfolgreich aktiv waren. Alle diese Initiativen haben inhaltlich etwas bewirkt. Kostspielige und umweltbelastende Fehlinvestitionen konnten verhindert werden. Mammutprojekte wurden vom Rat auf ein für Goslar angepasstes Maß reduziert.

Nach der Fusion der Städte Goslar und Vienenburg zum 1.1.2014 arbeitet die Bürgerliste Goslar im Rat mit der 2011 gegründeten Wählergemeinschaft Bürger für Vienenburg zusammen. Zur Kommunalwahl haben beide Wählergemeinschaften ihre Fusion unter dem Namen **Bürgerliste für Goslar und Vienenburg** beschlossen.

Die Bürgerliste sieht sich seit ihrer Gründung 2001 als Partner dieser Bürgerbewegungen. Wir arbeiten aktiv in den Initiativen mit, wir versorgen die Betroffenen mit den Hintergrundinformationen aus dem Rat und wir bringen die Anliegen der Betroffenen in die Ratsdebatten ein.

Diese Form der bürgernahen Politik gilt es auch in Zukunft konsequent fortzusetzen und beständig auszubauen. Die politische Arbeit der **Bürgerliste für Goslar und Vienenburg** ist sachorientiert. Nicht vereinbar mit dem Programm sind alle Formen von rassistischer, faschistischer, diskriminierender, fremdenfeindlicher oder menschenverachtender Politik. Jegliche Arten der Zusammenarbeit mit oder Unterstützung von Bewegungen, die unter dem Tarnmantel der so genannten „besorgten Bürger“ eine solche Politik betreiben, ist strikt ausgeschlossen. Dies betrifft überregionale Organisationen – wie Pegida und deren Ableger – ebenso wie lokale Zusammenschlüsse (z.B. Goslar wehrt sich, Bürgerwehren, Nein zum Heim in Goslar) und deren politische Organisationsformen wie z.B. AfD, NPD und die Wählergemeinschaft „Aktiv für Goslar“.

Für die Wahlen zum Stadtrat am 12. September 2021 haben wir die folgenden inhaltlichen Ziele und Leitlinien für unsere Politik verabschiedet:

Leitlinie: Bürgerpolitik statt Parteipolitik

Der von Parteiinteressen geprägten Politik im Goslarer Rat setzen wir bewusst das Modell der „Bürgerpolitik“ entgegen, weil die Betroffenen in den Stadtteilen selbst am besten wissen, was für sie gut oder schlecht ist. Die institutionalisierten Formen der Vertretung von Bürgerinteressen in den einzelnen Stadtteilen mit dem Ortsrat in Hahnenklee und den Ortsvorstehern in den neuen Goslarer Stadtteilen haben sich im Grundsatz bewährt und sind beizubehalten.

Taktische Spielereien, Koalitionen und Zählergemeinschaften lehnen wir daher konsequent ab. Da die etablierten Ratsparteien ihren jeweiligen Parteiideologien

unterworfen sind, sind jegliche Formen einer institutionalisierten Zusammenarbeit ausgeschlossen. Eine punktuelle Zusammenarbeit ist immer nur anhand konkreter Projekte und Vorhaben denkbar.

Auf dem Weg zu einer stärkeren Bürgerbeteiligung, die sich nicht nur auf eine Stimmabgabe alle fünf Jahre bei der Kommunalwahl beschränkt, ist eine umfassende Information der Betroffenen im Vorfeld von Ratsentscheidungen zwingende Voraussetzung. Die Instrumente der Bürgerinformation und der direkten Beteiligung sind in Goslar nach wie vor stark unterentwickelt. **Die Bürgerliste für Goslar und Vienenburg** setzt sich für die Einführung und konsequente Weiterentwicklung der andernorts bereits bewährten Elemente der direkten Demokratie ein. Als Beispiele seien hier genannt: thematische Stadtteilversammlungen mit Meinungsbildermittlung, Einführung von Elementen des Bürgerhaushalts, Planungszellen für Großvorhaben und Grundsatzentscheidungen, Runde Tische mit Betroffenen zur Konfliktminimierung.

Die programmatischen Aussagen **Bürgerliste für Goslar und Vienenburg** verstehen sich als Angebot zur Mitarbeit und Weiterentwicklung. Politischer Dogmatismus und Lobbyismus für einzelne Interessengruppen sind die Feinde bürgernahe Politik. Wir sind bereit, unsere Positionen auf den Prüfstand zu stellen und in einem ständigen Diskussionsprozess anzupassen und fortzuschreiben. Wir entwickeln unsere Programmatik in der Verantwortung vor dem Recht künftiger Generationen, die Zukunft eigenverantwortlich und selbst bestimmt weiterentwickeln zu können. Dies setzt den verantwortungsvollen Umgang mit den begrenzten Ressourcen und der Umwelt voraus.

Die Ratsvertreter der **Bürgerliste für Goslar und Vienenburg** setzen es sich zum Ziel, die Wünsche und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Leitlinien und des Programms umzusetzen. Dabei unterliegen die Fraktionsmitglieder keinem Fraktionszwang. Im Falle erklärter und unüberbrückbarer Meinungsunterschiede werden Abstimmungen im Rat freigegeben (freies Mandat).

Die Bürgerliste für Goslar und Vienenburg tritt zu den Kommunalwahlen 2021 an, um das Modell „Bürgerpolitik statt Parteibuchpolitik“ mehrheitsfähig zu machen.

Das Sachprogramm für 2016-2021

Für diese Schwerpunkte wollen wir uns im neuen Rat stark machen:

1. Arbeit und Wirtschaft

Wir wollen eine Wirtschaftspolitik, die neue Arbeitsplätze im umweltfreundlichen, produzierenden Gewerbe schafft und bestehende zukunftssträchtige Strukturen weiterentwickelt und ausbaut:

- **Massiver Einsatz aller politischen Kräfte zur Abschaffung des ungerechten und Goslar benachteiligenden „Fördergefälles“ in Richtung Sachsen-Anhalt.** Die Beispiele der Abwanderung von Käse-Loose (Vienenburg), der Pharmazie-Produktion Dr. Milan Pesic (Bad Harzburg) und der Teilabwanderung von JL Goslar mit der Lotproduktion in der Vergangenheit zeigen, dass in der Lösung dieser Problematik der entscheidende Schlüssel liegt, um in Goslar und im Landkreis Arbeitsplätze zu sichern und neu schaffen zu können.
- **Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit mit den benachbarten Städten und Gemeinden in der Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik.** Um die Nachteile des „Fördergefälles“ zumindest teilweise abzumildern, ist die Abstimmung mit den Nachbarkommunen in einem neuen Anlauf partnerschaftlich zu organisieren. Die von allen Städten und Gemeinden im Landkreis unterstützte WiReGo kann dabei als Plattform dienen. Interkommunale Kooperationen sind zur Ausschöpfung neuer Entwicklungspotenziale (z.B. Entwicklung des Altlasten-Standortes „Kaltes Feld“, Vernetzung touristischer Leuchtturmprojekte) zu nutzen.
- **Aktive Förderung des Ausbaus des Energie Campus und weiterer zukunftsweisender Wirtschaftsbereiche.** In kürzester Zeit ist deutlich geworden, dass sich der Energiecampus und die daraus hervorgegangenen Ausgründungen zu einem Job-Motor für Goslar entwickelt haben, der die Arbeitsplatzverluste in der Industrie (Genthe, Odermark, HC Starck) mittelfristig zumindest teilweise kompensieren kann und zu einer geringeren Abhängigkeit von der konjunkturabhängigen Industrie beiträgt. Der zunehmend wichtiger werdende Wirtschaftssektor der Informationstechnologie bedarf einer verstärkten und besseren Beratung über Förderungsmöglichkeiten für Neugründer durch die städtische Wirtschaftsförderung. Die steigende Bedeutung des Internet-Handels sollte zu stärkeren Bemühungen seitens der Stadt führen, verkehrstechnisch günstige Standorte für Logistik-Unternehmen anzubieten.
- **Bestandspflege zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze.** Die „aufsuchende Wirtschaftsförderung“ hat sich in der Vergangenheit bewährt und soll weiter ausgebaut und intensiviert werden. Ein besonderes Augenmerk bei der Bestandspflege muss auf die Sicherstellung und den weiteren Ausbau schneller Datennetze gelegt werden, die für die Standortentwicklung immer wichtiger werden.
- **Verstärkte Nutzung des in der Region vorhandenen Wissens über Altlasten aus Bergbau und Hüttenwesen und verstärkte Bemühungen zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft.** Nachdem die Chancen, Goslar zum Kompetenzzentrum für die Sanierung hoch belasteter Standorte auszubauen

in der Vergangenheit nur unzureichend umgesetzt wurden, muss das Augenmerk verstärkt auf das Recyceln von Altlasten gelegt werden. Seit etlichen Jahren hat die Bürgerliste auf die Potenziale der so genannten Bergeteiche auf dem Bollrich hingewiesen. Dort lagern neben den harztypischen Metallen (Gold, Silber, Kupfer, Zink, Blei) und dem für die Tiefbohrtechnik wichtigen Baryt (Schwerspat) auch wirtschaftsstrategische Metalle wie Indium, Kobalt und Gallium. Wir unterstützen die nunmehr angelaufenen Bemühungen der Industrie, diese Potenziale nutzbar zu machen, zumal hier Arbeitsplätze in einer dreistelligen Größenordnung geschaffen werden können. Das Beispiel der Firma Electrocyling auf dem Hüttengelände zeigt, dass auch in diesem Sektor in erheblichem Umfang Arbeitsplätze geschaffen werden können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen (z.B. Unterbindung illegaler Exporte von Elektronikschrott in Entwicklungsländer).

- **Stärkung der bestehenden Handelsplätze im Zentrum und der Nahversorgung in den Goslarer Stadtteilen.** Die gravierenden Fehler von SPD, CDU, FDP, Grünen und Linken in der Stadtentwicklungspolitik haben dazu geführt, dass immer mehr Großmärkte auf der „grünen Wiese“ entstanden sind und qualifizierte Arbeitsplätze im Facheinzelhandel vernichtet wurden. Das neue Zentrenkonzept, die aktuelle Ansiedlung von Kaufland und die Bestrebungen, auf dem Fliegerhorst ein weiteres Einkaufszentrum anzusiedeln, belegen, dass die Ratsparteien aus den Fehlern der Vergangenheit nichts dazugelernt haben. Diese der für die Verbraucher und den Einzelhandel schädlichen Entwicklung kann nur durch einen konsequenten Verzicht auf die Ausweisung neuer Einzelhandelsflächen vor den Toren der Stadt oder an der Peripherie entgegengewirkt werden. Bestehende Nahversorgungsstrukturen insbesondere auch in den ländlichen Stadtteilen und in Hahnenklee sind zu erhalten und zu stärken. Zugleich sind die innerstädtischen Angebote für die Kunden attraktiver zu gestalten (z.B. durch Betreuungsangebote für Kinder während des Einkaufsbummels der Eltern).
- **Weiterentwicklung der touristischen Angebote ohne die Zerstörung der Grundlagen des Tourismus.** Die touristischen Potenziale in Goslar, Vienenburg, Wöltingerode und Hahnenklee liegen in der Qualität der Natur- und Kulturlandschaft und im „Weltkulturerbe Erzbergwerk Rammelsberg, Altstadt Goslar und Oberharzer Wasserwirtschaft“. Darauf aufbauend gilt es, die Angebote an die Gäste verträglich weiterzuentwickeln (z.B. Bau einer Ferienhaussiedlung und aktivere Vermarktung des Oberharzer Wasserregals in Hahnenklee; Umnutzung von Kur- und Kurmittelhaus für touristische Angebote; Ausbau städtetouristischer Angebote und des Tagungssektors in der Kernstadt; Einbindung von Vienenburger See und Klostergut Wöltingerode in die touristischen Planungen). Sporttouristische oder besucherintensive Angebote sind dort zu bündeln, wo bereits eine Vorbelastung der Landschaft vorliegt und eine entsprechende Infrastruktur vorhanden ist (z.B. Bocksberg, Fliegerhorst).

2. Finanzen

Wir wollen eine Finanzpolitik, die mit dem von den Bürgerinnen und Bürgern erwirtschafteten städtischen Vermögen verantwortungsvoll umgeht und die Betroffenen an den Entscheidungen beteiligt:

- **Bei allen Entscheidungen des Landes- und Bundesgesetzgebers ist auf die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer die Musik bestellt, bezahlt sie auch!“) zu achten, was selbstverständlich auch auf Entscheidungen der Vergangenheit anzuwenden ist.** Die bundesweite Krise der kommunalen Finanzen ist in den meisten Fällen – so auch in Goslar – nicht hausgemacht sondern direkte Folge der „Selbstbedienungsmentalität“ von Bund und Land, die ständig neue Aufgaben nach unten übertragen, ohne die dafür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Zugleich schränken Bund und Land die Steuererhebungsmöglichkeiten der Kommunen ein und sorgen durch ihre Entscheidungen für verminderte kommunale Steuereinnahmen (z.B. durch Senkung des Spitzensteuersatzes, Steuervergünstigungen für „Finanzheuschrecken“, vergünstigte Mehrwertsteuersätze für Übernachtungen; Duldung von Vermögensverschiebungen in „Steuer-oasen“). An diesen Entscheidungen sind CDU/FDP-Regierungen ebenso beteiligt wie rot/grüne Koalitionen. Die Parteipolitiker im Rat verschweigen diese Zusammenhänge, weil sie sonst ihre eigenen Parteien kritisieren müssten. Die Bürgerliste hat es sich daher zum Ziel gesetzt, die tatsächlichen Hintergründe der Finanzkrise immer wieder zu verdeutlichen und publik zu machen.
- **Die städtische Haushaltspolitik ist transparenter zu gestalten und die Bürgerinnen und Bürger sind an Entscheidungen direkt zu beteiligen (Bürgerhaushalt).** Die Ratsparteien haben in der Vergangenheit viel Zeit darauf verwendet, ihr Haushaltsgebaren zu verschleiern und die Betroffenen über die tatsächliche finanzielle Situation der Stadt im Ungewissen zu lassen. Die übereilte und völlig unvorbereitete Umstellung des Haushaltswesens von der Kameralistik auf die Doppik hat diese Tendenz noch verstärkt. Der fehlende Blick fürs Ganze ist Ursache für einen immer stärkeren Lobbyismus von einzelnen Interessengruppen, die städtische Zuschüsse beziehen. Es gilt das Prinzip: „Wer am lautesten schreit, bekommt sein Geld! Wer schweigt, geht leer aus!“ Dieses Prinzip der Entsolidarisierung kann nur durchbrochen werden, wenn alle Bürgerinnen und Bürger die grundlegenden Daten des städtischen Haushalts in allgemein verständlicher Form einsehen können. Die Homepage der Stadt wäre eine Möglichkeit dafür, die aber nur unzureichend genutzt wird. In anderen Kommunen gibt es positive Erfahrungen mit so genannten „Bürgerhaushalten“, bei denen bestimmte Entscheidungsbefugnisse vom Rat auf die Bürger zurück übertragen werden. Die Bürgerliste hat die Umsetzung dieser Möglichkeiten wiederholt angemahnt und wird dies auch im neuen Rat tun.
- **Auswirkungen von Ratsentscheidungen auf die kommunale Wertschöpfungskette sind im Vorfeld zu benennen und zu berücksichtigen.** Selbst weitreichende Ratsentscheidungen werden hinsichtlich ihrer mittel- und langfristigen Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen – und damit auf das Vermögen der Bürgerinnen und Bürger – nicht hinreichend untersucht. Es gibt klare Hinweise darauf, dass der Refinanzierung städtischer Vorleistungen („return of investment“) in der Vergangenheit überhaupt keine Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Wertschöpfungsketten werden in Goslar nicht hinreichend geschlossen. In der Folge kommt es zu einem starken Abfluss von hier erwirtschafteten Geldern in andere Regionen (hoher Anteil an nicht produzierendem Einzelhandel, Autohäuser, privatisierte Ver- und Entsorgung, privatisiertes Gesundheitswesen). Stabile Kommunen sind hingegen bemüht, die gesamte

Wertschöpfungskette in der eigenen Stadt oder zumindest der eigenen Region zu schließen. Inwieweit hier der Ansatz der lokalen Agenda 21 zur Einführung von Regiogeld Erfolg versprechend ist, sollte konstruktiv weiter diskutiert werden.

- **Keine Veräußerung von kommunalem Vermögen zu Gunsten kurzfristiger Entlastungseffekte im städtischen Haushalt.** Der Verkauf des so genannten städtischen Tafelsilbers durch SPD, CDU, FDP und Grüne ist ein Irrweg. Die Einnahmen aus derartigen Transaktionen (z.B. Verkauf Wasserwerk an NKW, Verkauf NKW an die Harz Energie, Teilprivatisierung der Stadtentwässerung) tragen zwar zu kurzfristigen Haushaltsentlastungen bei. Ein leichtfertiges Ausgabeverhalten in den jeweiligen Folgejahren führt jedoch regelmäßig zum Verzehr dieser zusätzlichen Einnahmen. Bezahlen müssen letztlich die Gebührenzahler in der Stadt, da der Rat nach einer Privatisierung keinerlei Einfluss mehr auf eine wirtschaftlichere und kostengünstigere Aufgabenerledigung hat. Vor diesem Hintergrund sind Privatisierungen und Teilprivatisierungen (z.B. des städtischen Betriebshofes) strikt abzulehnen. Das städtische Waldvermögen und die verschiedenen Stiftungsvermögen sind ungeschmälert zu erhalten und dürfen nicht länger von gescheiterten Finanzpolitikern als „Selbstbedienungsladen“ missbraucht werden. **Die Bürgerliste für Goslar und Vienenburg** befürwortet die Rekommunalisierung bereits privatisierter Teilbereiche der Stadtverwaltung.
- **Das Handeln bereits privatisierter städtischer Gesellschaften ist transparenter und öffentlich zu machen.** Hierzu ist es zwingend notwendig, ein funktionsfähiges Beteiligungsmanagement für alle städtischen Beteiligungen einzurichten, das auch auf eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung unter Nutzung von Synergieeffekten hinwirkt. SPD, CDU, und FDP verhindern dies seit vielen Jahren. Der Eigenbetrieb ist anderen, nicht öffentlich beratenden und entscheidenden Betriebsformen (z.B. Anstalt öffentlichen Rechts, Gesellschaft mit beschränkter Haftung) in jedem Fall vorzuziehen.
- **Nettoneuverschuldung nur für rentierliche Investitionen im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern.** Trotz der nach wie vor angespannten Haushaltslage der Stadt scheuen sich die Ratsparteien nicht, ihre prestigeträchtigen und für Goslar überdimensionierten Lieblingsprojekte weiter zu verfolgen. So sollen weitere Steuermittel in den Straßen der Fußgängerzone oder am Bahnhofsvorplatz „verpflastert“ werden, obwohl für diese Projekte keine Zuschüsse zu erwarten sind. Für den Profifußball des GSC setzte die Ratsmehrheit nach dem Stadionausbau erneut einen städtischen Investitionszuschuss zu Lasten wichtigerer Projekte durch. Belastbare Wirtschaftlichkeitsberechnung wie sie bei privaten Unternehmen vor Investitionsentscheidungen tägliches Geschäft sind, sucht man bei städtischen Investitionen nach wie vor vergeblich. Schließlich ist es nicht das eigene Geld, das man schlimmstenfalls „verbrennt“ sondern das der Bürgerinnen und Bürger. Im Interesse einer vertretbaren, nachhaltigen Haushaltspolitik sind in der derzeitigen Finanzlage nur Investitionen vertretbar, die sich kurz- oder mittelfristig rentieren und die von der Einwohnerschaft mitgetragen werden.
- **Haushaltssanierungsmaßnahmen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gerecht verteilen.** Mit dem Zukunftsvertrag ist es gelungen, den von

SPD und FDP zu verantwortenden Niedergang der städtischen Finanzen vorübergehend zu stoppen. Sowohl in der Verwaltung als auch bei den etablierten Ratsparteien ist aber die Tendenz zu beobachten, ursprünglich gemeinsam beschlossene Haushaltssanierungsmaßnahmen wieder zurückzunehmen und damit die gleichmäßige Lastenverteilung für alle Bevölkerungsgruppen zu unterlaufen. Als Negativbeispiele sind hier die Rücknahme der Nachtabschaltung der Straßenbeleuchtung, die Abschaffung der „Bettensteuer“ und die Erhöhung der Ausgaben für die internationalen Städtepartnerschaften zu nennen. Mit diesen Beschlüssen sowie dem erneuten Einstieg in die investive Nettoneuverschuldung hat die Ratsmehrheit aus SPD, CDU, FDP und Grünen den gemeinsamen Weg zur Sanierung der städtischen Finanzen verlassen. Die Bürgerliste für Goslar und Vienenburg lehnt diese Form der unsolidarischen Lastenverteilung strikt ab. Für eine Straßenausbaubeitragsatzung ist folglich ebenso wenig Raum wie für die Einführung einer stadtweiten Fremdenverkehrsabgabe (Tourismusabgabe) in Form einer „zweiten Gewerbesteuer“. Wir sind der Auffassung, dass strukturiertes und gerecht verteiltes Sparen nur gemeinsam mit den Menschen in der Stadt umzusetzen ist. Abweichungen von den Sparzielen des Zukunftsvertrages dürfen nicht zu Lasten anderer Betroffenenengruppen gehen.

3. Stadtentwicklung, Umwelt und Natur

Wir wollen eine Stadtentwicklungspolitik, die der demographischen Entwicklung Rechnung trägt und künftigen Generationen eine lebenswerte Natur und Umwelt hinterlässt:

- **Festlegung von verbindlichen Entwicklungskorridoren für Gewerbe, Wohnen und Biotopvernetzung in einem neuen Flächennutzungsplan gemäß den Wertigkeiten des Landschaftsplanes unter Einbeziehung des Sachverständes der Umweltverbände.** Das integrierte Stadtentwicklungskonzept ISEK von 2011 ist im Rahmen der Überarbeitung nach der Städtefusion entsprechend dieser Zielsetzung anzupassen. Widersprüche (z.B. zusätzlicher Flächenbedarf trotz sinkender Einwohnerzahlen) sind dabei zu bereinigen. Die Sanierung im Bestand, die Baulückenerschließung und die Revitalisierung von Gewerbe- und Industriebrachen sowie bislang militärisch genutzter Flächen (z.B. Fliegerhorst) haben Vorrang vor einer Neuausweisung von Baugebieten. Dabei ist aber darauf zu achten, dass im Rahmen einer geordneten Stadtentwicklung innerstädtische Grünzüge in ihren Funktionen erhalten bleiben. Dies gilt für den Stadtgarten im Georgenberg-viertel ebenso wie für die Knickwiese in Vienenburg. Beide Bereiche haben eine wichtige Funktion als innerörtliche Naherholungsfläche. Die Knickwiese liegt zusätzlich im Überschwemmungsgebiet der Radau. In Nähe zur A 395 (Wiedelah und Lochtum) sind die Potenziale für ergänzende Wohnbauflächen für Pendler zu untersuchen.
- **Keine Ausweisung von Bauland auf Flächen, die für den Naturschutz, das Landschaftsbild oder für den Wasserschutz von Bedeutung sind.** Dazu zählen z.B. Bergwiesen, Ruderalflächen, Überschwemmungsgebiete oder Biotope seltener Arten, die auch mit ausreichend bemessenen Abstandflächen und Pufferzonen dauerhaft zu sichern sind. Neue Bauflächen außerhalb geschlossener Ortslagen sind daher abzulehnen. Entsprechende

Aufstellungsbeschlüsse (z.B. für die Ferienhaussiedlung Königsberg oder eine Hotelbebauung auf dem Steinberg) sind aufzuheben. Der Dreiklang „Stadt-Wiesen-Wald“ verträgt keinerlei weitere Eingriffe und ist dauerhaft von Bebauung frei zu halten. Dies gilt auch für den Bollrich.

- **Festschreibung von hohen Standards für Bebauungspläne.** Dies gilt bei Wohn- und Gewerbebauten sowohl hinsichtlich des Umweltschutzes (z.B. Energiekennzahlen für Gebäude, verdichtete Bauweise, Regenwasserbewirtschaftung, ÖPNV-Anschluss) als auch für Vorgaben des Natur- und Artenschutzes (z.B. innere Durchgrünung mit heimischen Arten, Grünzüge als Biotopvernetzung, offene Wasserführungen für Regen- und Oberflächenwasser). Externe Kompensationsmaßnahmen für bauliche Eingriffe sind ausschließlich im Goslarer Stadtgebiet anzuordnen.
- **An industrielle und gewerbliche Neuanlagen sind höchste Anforderungen hinsichtlich Emissionsvermeidung und ökologischer Verträglichkeit zu stellen.** Müllverbrennungsanlagen sind aufgrund der nicht steuerbaren Entwicklung schädlicher Verbindungen beim Verbrennungsprozess aus Vorsorgegründen an jedem Standort abzulehnen. Für Holzheizkraftwerke sind verbesserte Filtertechniken ebenso zwingend vorzuschreiben wie eine transparente Emissionsüberwachung (so genannter „Gläserner Schornstein“). An Anlagen zur alternativen Energiegewinnung (vor allem Windkraft, Wasserkraft und Biomasse) sind ebenfalls hohe Anforderungen zur ökologischen Verträglichkeit zu stellen, da auch diese Anlagen nicht per se als unproblematisch eingestuft werden können.
- **Ablehnung der Auswüchse industrieller Landwirtschaft und Förderung des ökologischen Landbaus.** Massentierhaltung, die Ausbringung gentechnisch veränderter Pflanzen und die Verdrängung des Nahrungspflanzenanbaus durch den Anbau von Pflanzen für die Energieproduktion werden konsequent abgelehnt. Bei Neuabschlüssen der städtischen Pachtverträge sind Angebote zur Umstellung auf den kontrolliert ökologischen Anbau zu bevorzugen. Neue Pachtverträge sind außerdem zur Festsetzung ökologisch höherwertiger Standards (z.B. Wegerandbegrünung, Biotopvernetzung) zu nutzen.
- **Die Stadtforst ist nachhaltig naturnäher umzugestalten.** Beim Umbau der Stadtforst ist ein besonderes Augenmerk auf die Schaffung eines stabilen Waldökosystems mit heimischen Mischwaldvorkommen zu legen. Die langfristige Zielsetzung ist an den Vorgaben des naturnahen Waldbaus zu orientieren. Eine Nachpflanzung von Koniferen ist abzulehnen. Die weitere Einbringung von nicht heimischen Gehölzen (z.B. der Douglasie) muss umgehend und nachhaltig unterbunden werden. Vorhandene Exotenbestände sind im Rahmen der Durchforstungsmaßnahmen zu beseitigen. Der Wildbestand ist auf ein Maß zu reduzieren, das eine Naturverjüngung mit Laubholz ohne Gatterbau möglich macht. Die Äsungsmöglichkeiten für das Wild sind deutlich zu verbessern. Ruhezone für Wild und Natur sind durch Reduzierung der Wegedichte auszudehnen. Wald- und Forstweg sind ausschließlich in wassergebundener Form anzulegen (keine asphaltierten „Waldautobahnen“). Eine Zertifizierung nach FSC ist zeitnah anzustreben.

4. Verkehr

Wir wollen eine Verkehrspolitik, welche die Interessen der Wohnbevölkerung und Gäste in den Mittelpunkt stellt und Goslar attraktiv an die großen Zentren Niedersachsen anbindet:

- **In Wohngebieten muss die Wohnqualität Vorrang haben.** Die Bürgerliste setzt sich für den weiteren Ausbau von Tempo-30-Zonen in Wohngebieten ein und unterstützt Maßnahmen zur Verbesserung des Anwohnerparkens und der Lärminderung, wo immer dies möglich ist. Die Öffnung der Fußgängerzone für den Kfz-Verkehr wird abgelehnt.
- **Erhalt und Optimierung des Stadtbusverkehrs.** Dem Stadtbusverkehr kommt gerade in Zeiten des demographischen Wandels und einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung eine zentrale Rolle bei der Sicherstellung der Mobilität zu. Eine immer wieder diskutierte Privatisierung des Busbetriebes wird von der Bürgerliste abgelehnt. Stattdessen setzen wir uns für eine fortlaufende Optimierung des Busangebotes unter Einbeziehung der Betroffenen (Fahrgastbeirat) ein. Die Neukonzeption der Buslinien mit einer Direktanbindung der Haupteinkaufslage in der Fußgängerzone hat den Negativtrend bei den Fahrgastzahlen stoppen können, bedarf aber der weiteren Beobachtung und gegebenenfalls der Anpassung. Die Benachteiligung Hahnenklees bei der Tarifzoneneinstufung durch die Verbundtarifpartner im ZGB muss endlich beseitigt werden. Bei einer fortgesetzten Benachteiligung der Goslarer Interessen muss auch ein Austritt aus dem Tarifverbund ins Auge gefasst werden. Im Rahmen neuer Konzessionsvergaben sollte geprüft werden, ob das Stadtbusangebot auch auf die neuen Goslarer Stadtteile und Jerstedt ausgeweitet werden kann.
- **Stärkung des regionalen Busangebotes durch bessere touristische Auslastung.** Die Bemühungen um die Einführung eines harzweiten Gästekartensystems für den ÖPNV („HATIX“) sind im Interesse einer besseren Vermarktung der gesamten Harzregion und einer Stabilisierung des bestehenden Busangebotes in einem offenen und vorurteilsfreien Dialog zu unterstützen. Die kostenlose Nutzung von Busangeboten in Urlaubsregionen wird von einer stetig steigenden Zahl von Gästen als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. Entsprechende Angebote dienen auch der besseren Auslastung touristischer Attraktionen, den Mobilitätsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger und der interkommunalen Zusammenarbeit in der gesamten Harzregion.
- **Goslar muss für Bahnreisende wieder attraktiver werden.** Der Einsatz für attraktive Bahnanbindungen Goslars an die umliegenden Mittel- und Oberzentren ist eine Daueraufgabe, die vom Nahverkehrsträger Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB) nur unzureichend wahrgenommen wird. Nach der Vergabe der Verkehrsleistungen an das Privatunternehmen „Erixx“ ist es zu zahlreichen Pannen, Zugausfällen und Verspätungen gekommen, ohne dass der ZGB nachdrücklich auf eine Einhaltung der vereinbarten Leistungen hingewirkt hat. Die Verantwortlichkeiten der vom Landkreis Goslar in die Verbandsversammlung entsandten Mitglieder für die

Fehlentscheidungen dieses Gremiums sind deutlich zu machen und die Einhaltung der Vorgaben des gültigen Nahverkehrsplanes ist seitens der Stadt massiver als bisher einzufordern. Die im Bereich Bahnverkehr aktiven Verbände und Initiativen (z.B. der Verkehrsclub Deutschland und der Fahrgastverband Pro Bahn) sind im Vorfeld der jeweiligen Abstimmungsgespräche zum Fahrplan zur Beratung und Festlegung gemeinsamer Strategien in die städtischen Fachgremien hinzu zu laden.

- **Kein zusätzlicher Neubau von Straßen im Stadtgebiet – aber Optimierung und Umbau des bestehenden Netzes.** Die demographische Entwicklung erfordert auch hinsichtlich des Straßennetzes ein Umdenken. Zusätzliche Straßen sind nicht notwendig. Dies gilt auch für die wiederholt in die Diskussion eingebrachte Idee für eine nördliche Umgehungsstraße für Goslar (A 36-Planung). Die Forderungen der Ratsmehrheit, die B 6 zu einer Nordharz-Autobahn mit Anbindung an die A 7 umzuwidmen, halten wir für falsch, weil dadurch die ohnehin schon überlastete Goslarer Nordtangente zu Lasten der Anwohner in den Stadtteilen Jürgenohl und Kattenberg zusätzlich belastet würde. Das bestehende innerörtliche Straßennetz ist so zu optimieren, dass Unterhaltungs- und Folgekosten deutlich reduziert werden. Hierzu zählen der Rückbau von teuren Ampelanlagen zugunsten effektiver Kreisverkehre sowie die Reduzierung von Straßenquerschnitten und Ausbaustandards. Das Radwegenetz ist im Hinblick auf die Sicherheit der Nutzer bei stärkerer Frequentierung und höheren Geschwindigkeiten (z.B. E-Bikes) einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Dazu bedarf es keines neuen, kostspieligen Radwegeplanes. Es ist stattdessen auf die Kompetenz der zuständigen Vereine und Verbände (z.B. ADFC, VCD) zurückzugreifen. Eine touristisch nutzbare Radroute zwischen Goslar und Vienenburg halten wir für sinnvoll.

5. Soziales und Generationengerechtigkeit

Wir wollen eine Sozialpolitik, die Goslar für alle Bevölkerungsgruppen lebenswert macht und die demographische Herausforderung konstruktiv aufgreift:

- **Goslar muss für junge Familien attraktiv bleiben.** Auch bei sinkenden Einwohnerzahlen muss ein besonderer Schwerpunkt auf die Förderung junger Familien gelegt werden. Ein möglichst breit gefächertes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder steht dabei ebenso im Mittelpunkt wie attraktive Bildungseinrichtungen, Ausbildungsplätze und Freizeitangebote für Jugendliche. Hierbei ist auch für die einzelnen Stadtteile eine dem Bedarf angemessene Versorgung sicherzustellen.
- **Demographische Entwicklung positiv gestalten!** Die Möglichkeiten, die Lebenserfahrung der zahlenmäßig immer größer werdenden Gruppe der „jungen Alten“ für die Gesellschaft zu erschließen, müssen gerade in Goslar deutlich verbessert werden. Hierzu zählen attraktive Angebote für ehrenamtliches Engagement ebenso wie gezielte Weiterbildungsmöglichkeiten. Ein besonderes Augenmerk ist auch auf die generationsübergreifenden Angebote zu legen (z.B. in der Förderung von so genannten Generationshäusern). Der Ausbau einer altersgerechten Infrastruktur (z.B. Möglichkeiten für Senioren-Wohngemeinschaften) und die Qualitätssteigerung von

Betreuungs- und Freizeitangeboten (selbstbestimmtes Wohnen in vertrauter Umgebung) schaffen außerdem zusätzliche Arbeitsplätze in diesem Bereich und eröffnen für jüngere Menschen eine Zukunftsperspektive in unserer Stadt.

- **Integration ernst nehmen!** In einer schrumpfenden Gesellschaft sind wir auf jeden Einzelnen angewiesen, um die Infrastruktur der Stadt auch in Zukunft aufrecht zu erhalten. Es liegt daher auch im gesellschaftlichen Interesse, die Integration der hier lebenden ausländischen Mitbürger und der zu uns kommenden Flüchtlinge zu verbessern. Aktive Unterstützung beim Erlernen der deutschen Sprache und die beständige Verbesserung der Möglichkeiten zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind die vordringlichen Aufgaben. Die Kompetenz der vor Ort aktiven Gruppen (z.B. des Vereins „Leben in der Fremde“) ist dabei durch eine regelmäßige Einbeziehung in den Diskussionsprozess zu nutzen.
- **Sicherstellung einer konstruktiven, sachgerechten und diskriminierungsfreien Gleichstellungsarbeit.** Die Notwendigkeit für eine Frauenförderung ist in Goslar nach wie vor gegeben, da noch immer nicht von einer echten beruflichen Chancengleichheit ausgegangen werden kann. Frauen in städtischen Führungspositionen sind immer noch die Ausnahme; in den kommunalen Entscheidungsgremien sind sie unterrepräsentiert. Wir unterstützen daher die Gleichstellungsbeauftragte bei ihrem Engagement.
- **Unterstützung von Initiativen, Verbänden und Selbsthilfegruppen.** Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt würden die sozialen und gesellschaftlichen Probleme noch viel deutlicher zu Tage treten. Die Bürgerliste sieht es daher als vordringliche Aufgabe an, diese ehrenamtlichen Strukturen zu stabilisieren und zu stärken. Haushaltsansätze in diesem Bereich sehen wir nicht als „freiwillige Leistungen“ sondern als Verpflichtung mit dem positiven Nebeneffekt, steigende Kosten im Sozialetat im Vorfeld zu vermeiden.
- **Förderung des Schul- und Breitensports.** Sportliche Betätigung ist für eine große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern eine unverzichtbare Freizeitbetätigung und ein aktiver Beitrag zur Integration. Wir sehen es als wichtige Aufgabe, das breit gefächerte Angebot in Goslar zu erhalten und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Finanzmittel auszubauen. Dabei sind auch Möglichkeiten für eine vereinsunabhängige sportliche Betätigung zu berücksichtigen. Der Schwerpunkt des Einsatzes städtischer Mittel liegt dabei auf der Förderung des Schul- und Breitensports. Wir setzen uns für einen jährlichen, haushaltsmäßig vertretbaren Festbetrag für den Ausbau von städtischen und vereinseigenen Sportanlagen ein, dessen Verwendung in Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft „Sport in Goslar“ festzulegen ist. Schulden verursachende Wahlgeschenke lehnen wir in diesem Bereich ebenso ab wie die finanzielle Unterstützung des Profifußballs, wie sie in den letzten Jahren am Osterfeld betrieben wurde.

6. Kultur

Wir wollen eine **Kulturpolitik**, die Goslar für unsere Gäste, Bürgerinnen und Bürger attraktiv macht:

- **Kultur ist keine Verfügungsmasse für die Haushaltssanierung.** In Zeiten leerer Kassen sind es auch in Goslar die kulturellen Angebote, die als so genannte „freiwillige Leistungen“ zuerst von Kürzungen betroffen sind. Attraktive kulturelle Angebote sind aber nicht nur für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger von Bedeutung sondern auch für die Gäste unserer Stadt. Die Bürgerliste setzt sich daher für ein breit gefächertes kulturelles Angebot ein, das sich aber trotzdem am Markt behaupten muss und professionell zu vermarkten ist. Die institutionelle Förderung durch den städtischen Haushalt darf nicht zum Automatismus werden sondern ist an die Erfüllung klarer Zielvorgaben zu koppeln. Die kulturelle Außendarstellung der Stadt ist zu verbessern und das Event-Management darf nicht nur der Goslarer Marketinggesellschaft überlassen bleiben.

- **„Entstaubung“ des städtischen Kulturangebotes.** Die städtische Kulturförderung setzt seit Jahrzehnten nahezu ausschließlich auf die klassischen Kulturformen (Museen, Kunstausstellungen, klassische Musik, klassisches Theater). Dabei bleiben aktuelle Kunst- und Kulturformen, die Jugendliche und junge Familien ansprechen, meist auf der Strecke oder privaten Initiativen überlassen. In dieses Bild passt z.B. die Streichung der Open-Air-Konzerte auf der Pfalzwiese oder der Phantastischen Pfalz). In Zusammenarbeit mit interessierten Gruppen sollte daher ein neuer Anlauf unternommen werden, auch andere Kulturformen in Goslar anzubieten (z.B. Video-Kunst, Kino- und Filmkunst, Techno/House-, Hip-Hop- und Rock-/Pop-Konzerte). Die Aktivitäten der Goslarer Music Scene und die Konzertreihe Miner ?s Rock sind erste positive Ansätze, die es kontinuierlich auszubauen gilt.

- **Die Theaterkultur ist von der Ratsmehrheit nicht mehr gewünscht.** Der Einsatz der Bürgerliste für den Erhalt des Odeon-Theaters war letztlich vergebens. Die von FDP und Grünen von Anfang an betriebene und von CDU und SPD letztlich im Rat unterstützte Zerstörung der städtischen Theaterkultur nach jahrelangem, gezielten Abwirtschaften der Gebäudesubstanz hat die Goslarer Kulturpolitik um ein wichtiges Element ärmer gemacht. Dabei zeigt der jetzt bewilligte „4-Millionen-Euro-Zuschuss“ für den Kulturmarktplatz, dass ein zukunftsweisendes Konzept auch im Odeon umsetzbar und finanzierbar gewesen wäre, wenn man es ernsthaft gewollt hätte. Die Fehlentscheidung der Ratsmehrheit hat darüber hinaus negative Auswirkungen auf den Tagungsbetrieb in Goslar, weil nach der Odeon-Schließung keine Räumlichkeiten in ähnlicher Größenordnung mehr zur Verfügung stehen. Die von den Ratsparteien propagierten „alternativen Spielstätten“ (Cineplex, Multifunktionshalle im Pfalzquartier, Schlosserei im Bergbaumuseum) waren für eine Theaternutzung von Anfang an ungeeignet oder nicht finanzierbar. Ein Theater wird es in Goslar langfristig nicht mehr geben. Es sollte allenfalls geprüft werden, ob im Rahmen der Neubaupläne des Landkreises für das Schulzentrum Goldene Aue Möglichkeiten für die gemeinsame Nutzung einer größeren Aula bestehen.

- **„Mittelalter-Boom“ attraktiver vermarkten.** Das Interesse der Menschen am Mittelalter und an Fantasy-Literatur ist ungebrochen. Zahlreiche andere Orte mit historischen Stätten nutzen dies gezielt, um die Besucherzahlen durch entsprechende, regelmäßige Angebote zu steigern. Diese Potenziale werden in Goslar nur ungenügend genutzt. Der zwischenzeitlich gestrichene Hansemarkt und der gescheiterte Versuch, auf dem Blauen Haufen ein

mittelalterliches Feldlager zu etablieren, reichen nicht aus. Es sollte ein neuer Anlauf unternommen werden, entsprechende Angebote zielgerichtet zu entwickeln, zumal die Stadt über hinreichend interessante Standorte für derartige Veranstaltungen verfügt.

- **Kulturelle Einrichtungen und Angebote erhalten und ausbauen.** Mit den Planungen für einen Kulturmarktplatz im Gebäude der ehemaligen Hautschule Kaiserpfalz besteht die Chance, die Stadtbücherei, das Stadtarchiv, die Marktkirchenbibliothek und die Kulturverwaltung in unmittelbarer Nachbarschaft zum Museums-Ufer zu konzentrieren. Auf diese Weise können Synergieeffekte realisiert und Raumkosten gesenkt werden. Die bestehende Museumslandschaft - insbesondere auch das Heimatmuseum und das Eisenbahnmuseum in Vienenburg sowie die Heimatstube in Hahnenklee - ist dauerhaft abzusichern, auszubauen und zu vermarkten. Die Möglichkeiten der dauerhaften finanziellen Absicherung der kulturellen Einrichtungen durch eine Kulturstiftung sind weiter zu untersuchen. Die touristischen Besichtigungsangebote sind sinnvoll zu erweitern (z.B. Wall- und Befestigungsanlagen, historisch bedeutsame Kelleranlagen). Bedeutsame Gartenanlagen (z.B. Ulrichscher Garten) und alte Wegeverbindungen (z.B. Fenstermäkerstraße) sind aufzuwerten und zugänglich zu machen. Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei auf die Unterstadt gelegt werden, die derzeit ein „Schattendasein“ fristet aber zwischenzeitlich in ein städtebauliches Sanierungsprogramm aufgenommen wurde.
- **Baukultur, Denkmalschutz und nachhaltige Entwicklung des Weltkulturerbes.** Alle baulichen Entwicklungen innerhalb der Grenzen des Weltkulturerbes und der Pufferzone müssen mit den Zielsetzungen des Welterbes vereinbar sein. Dass dies in der täglichen Praxis anders aussieht, belegt das „Schwarzbuch Weltkulturerbe 2010“ der Kulturinitiative, das zahlreiche Mängel im Umgang mit der historischen Bausubstanz in der Altstadt aufgelistet hat. Die Hinweise sind bis heute in der Verwaltung und in den Ratsgremien nicht abgearbeitet worden. Der Verlust weiterer historisch bedeutsamer Bausubstanz ist die Folge (z.B. Gartenhaus des Kräuterdoktors Lampe). Bei Neubaumaßnahmen ist sicherzustellen, dass sich die Baukörper hinsichtlich Größe und Gestaltung in das kleinteilige Stadtbild der Umgebung einfügen. Die Bebauung historisch bedeutsamer Freiflächen (z.B. Wall- und Befestigungsanlagen, Gelände des ehemaligen Doms) ist strikt abzulehnen. Authentische Nutzungsformen (Rathaus, Großes Heiliges Kreuz, Schlosserei am Rammelsberg) sind beizubehalten. Auch außerhalb der Welterbeflächen muss den Belangen des Denkmalschutzes eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dies trifft insbesondere auf hochwertige und historisch bedeutsame Anlagen zu (z.B. Sudmerbergturm, Vienenburg, Wasserburg Wiedelah, Marktplätze Wiedelah).

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Bürgerliste für Goslar und Vienenburg
Geschäftsstelle Marktstraße 37
38640 Goslar